Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 239. Mittwoch, 15. Oktober 1919, abends. 72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, 1.60 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 5.10 Mark, monatlich 1.70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen. Eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 45 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Postscheckkonto: Leipzig 21866. Girokasse Riesa Nr. 52.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung **vom Freitag, den 17. lfd. Mts.** ab

1. auf Abschnitt 96 der
   - grauen Nährmittelkarte I 250 gr amerikanische Bohnen,
   - gelben „ I 150 gr amerikanische Bohnen,
2. auf Abschnitt 96 der
   - roten Nährmittelkarte I 300 gr Gerstenflocken oder Grieß,
   - grünen „ I 250 gr Gerstenflocken oder Grieß.

Die Entnahme hat **bis spätestens den 21. Oktober 1919** zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

amerikanische Bohnen	1.38 M. für das Pfund,
Gerstenflocken	—.66 „ „ „ „
Grieß	—.48 „ „ „ „

Die Abschnitte 96 der grauen, roten und grünen Nährmittelkarte I sind ungezählt und ungebündelt **bis spätestens den 23. Oktober 1919** an die Unterverteilungsstelle einzureichen. Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gesammelt **bis spätestens den 25. Oktober 1919** an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

Die Abschnitte 96 der gelben Nährmittelkarte I sind direkt **bis spätestens den 23. Oktober 1919** an Herrn Kommissionsrat Ernst Bilke in Riesa einzusenden.

Großenhain, am 14. Oktober 1919.

1588 b III. **Der Kommunalverband.**

Auslandsmehl

kann in der laufenden Woche nicht verteilt werden, da die Bestände nicht überall ausreichen.

Die Verkaufsstellen erhalten Anweisung, **am Donnerstag, den 16. lfd. Mts.**, den Bestand durch Abwiegen festzustellen und mit Postkarte **bis spätestens Sonntag, den 19. lfd. Mts.**, an Herrn Kommissionsrat Ernst **Bilke** in Riesa zu melden.

Denjenigen Verkaufsstellen, welche die Bestandsanzeige nicht rechtzeitig einreichen, wird Mehl künftig nicht mehr zugewiesen.

Die Verkaufsstellen für **Inlandsmehl** dürfen in der laufenden Woche auf die rosafarbene Zusatzkarte ebenfalls kein Mehl abgeben.

Großenhain, am 14. Oktober 1919.

1750 c III. **Der Kommunalverband.**

Die an der Nachbestellung von **Decken** beteiligten Einwohner haben diese Decken **bis Sonnabend, den 18. lfd. Mts.**, im Gemeindeamte abzuholen. Nach diesem Zeitpunkt nicht abgeholte Decken werden frei verkauft.

Weida, am 15. Oktober 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Die **Auszahlung der Beihilfen zur Verbilligung der Hausbrandkohle** an die ärmere Bevölkerung erfolgt an Kassenstelle von heute an bis 25. d. M.

Weida, am 15. Oktober 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3½ Prozent.
Einlagebücher gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich.
Vermietung von Panzerschrank-Schließfächern.
Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).
Gemeindeverbands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisungen.
Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.
Kassenstunden: Jeden Werktag von 8—1 Uhr vormittags.

Frisches Gemüse, Wiesen- und Kleeheu, sowie Stroh und Sägespäne
kauft Reichsverpflegungsamt (früheres Proviantamt) Riesa.

Zur Ersparung von Licht und Feuerung ist die **durchgehende Arbeitszeit** für den Geschäftszimmerdienst während der Wintermonate in die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gelegt worden. **Reichsverpflegungsamt** (früheres Proviantamt) **Riesa.**

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain

Nebenstelle Riesa, Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17. Tel. 40.
Geschäftszeit: Montags bis Freitags von 8—3 Uhr u. Sonnabends von 8—2 Uhr durchgehend.
Kostenlose Stellenvermittlung für alle Berufe.
Gesucht werden für sofort: 1 Böttcher, 10 Bruchstein-Maurer, 4 Elektromonteure, 1 Elektromechaniker, 1 Möbelglaser, 40 Maurer, 3 Schneider, 4 Tischler, 1 Wickler auf Gleichstrom, 4 Pferdeknechte für Landwirtschaft, 3 Ochsenknechte für Landwirtschaft, 3 landwirtschaftliche Dienstmägde, kräftige Arbeiter für das Eisenwerk Riesa (keine Arbeiter von auswärts).

Nationalversammlung.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Min. Eine Anfrage **Landsberg** (Soz.) wegen Umwandlung der Militärstrafgerichtsordnung wird dahin beantwortet, daß demnächst ein Gesetz betr. die Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit vorgelegt werden wird. Abg. **Wurm** (U. S. P.) fragt nach dem Rahmengesetz über die Kommunisierung von Wirtschaftsbetrieben. Regierungsseitig wird geantwortet, der erste Entwurf sei ungeeignet befunden worden. An einem zweiten würde gearbeitet. Eine Anfrage des Abg. **Gröber** (Zentr.) wegen Beschlagnahme der Glocken beantwortet ein Regierungsvertreter dahin, daß die Beschlagnahme der Glocken aufgehoben sei. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Löbe-Scheidemann wegen der **Lederbewirtschaftung** in Verbindung mit dem Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung mit Schuhwerk und dem Antrag Arnstadt und Ablaß, die **Zwangswirtschaft** betr. Abg. **Davidsohn** (Soz.) hält die Zwangswirtschaft für das geringere Uebel. An die Stelle der Planwirtschaft solle regierungsseitig eine planmäßige Wirtschaft treten nach den Erfordernissen der neuesten Wirtschaftsentwicklung. Prof. Dr. Hirsch habe von einem Verbrauchersozialismus gesprochen. Den brauchten wir allerdings. Minister Schmidt scheint sich dem vernünftigen Verbrauchersozialismus nicht ganz zu verschließen. Abg. **Dietz** (Zentr.): Ohne Aufhebung der Zwangswirtschaft hätten wir überhaupt kein Leder mehr ins Land bekommen. Die Zwangswirtschaft habe sich aber nicht kräftig genug erwiesen, um eine gerechte Verteilung der Bedarfsartikel und Rohstoffe an alle zu erzielen. Reichsminister **Schmidt:** Die Zwangswirtschaft allein hat uns in den Stand gesetzt, mit Staatszuschüssen an den Brot- und Kartoffelrationen festhalten zu können. Die Zwangswirtschaft ist nicht zusammengebrochen. Hoffentlich ist die Landwirtschaft vernünftig genug, dies einzusehen. In dem besonderen Falle des Leders mußten wir zur freien Bewirtschaftung übergehen, weil wir nur einen kleinen Teil des Bedarfs aus dem Inland decken können. So haben wir erreicht, daß die Produktion gehoben wurde. Grundsätzlich ist die Ausfuhr von Schuhwerk nicht gestattet.

Wegen der Notstandsversorgung mit Bekleidung verweisen wir auf die Denkschrift. Beträchtliche Bestände sollen direkt an die Gemeinden verwiesen werden. Für Vieh und Getreide kann die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden. Für Gemüse geht es. Für die Textilindustrie stehe ich auf dem Standpunkte: Es muß Wolle herein, wenn auch zu enorm hohen Preisen, damit die Industrie arbeiten kann und damit so das Wirtschaftsleben hoch kommt. Abg. Dr. **Böhme** (Dem.) begründet den Antrag Ablaß. Die Bewirtschaftung des Getreides solle auf Brotgetreide beschränkt werden. Fleisch und Milch sollen nur in Höhe des Bedarfs für Kranke und Kinder bewirtschaftet werden. Die Kartoffeln seien bei einer guten Ernte frei zu geben. Abg. **Semler** (Deutschnat.): Die restlose sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft ist unmöglich, aber die Produktion muß gehoben werden. Futter- und Düngemittel müssen eingeführt werden. Dann werden die Landwirte auch genügend liefern können. Auch die Sozialdemokraten handeln gegenüber der Landwirtschaft weder sozial noch demokratisch. Die Zwangswirtschaft solle nur die Brücke sein zur Sozialisierung. Abg. **Thurm** (U. S. P.): Wir haben gar keine Zwangswirtschaft, sondern für die Landwirtschaft nur Zwangslieferung und Höchstpreise. Anbauzwang müßten wir haben. Der Produktionszwang könnte sofort eingeführt werden von heute auf morgen. Ein Uebergang dazu wäre die Einführung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft. Den Antrag Ablaß lehnen wir ab. Abg. **Dusch** (Deutsche Vp.): Nur die vermehrte Beschaffung von Düngemitteln kann der Landwirtschaft helfen. Schikanöse Verfügungen wirken nur verbitternd. Von der Gerste muß so viel freigegeben werden, wie für die Viehzucht gebraucht wird. Schrittweiser Abbau des Zwanges in der Landwirtschaft verträgt sich wohl mit den Interessen der Konsumenten. Abg. **Gebhardt** (b. k. Fr.) wendet sich gegen die Idee des Zwangsanbaues. Heute arbeite der Landwirt noch 16 bis 18 Stunden. Wie würde es um Deutschland bestellt sein, wenn die sozialistischen und kommunistischen Vorschläge auf dem Lande eingeführt würden. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Schneider-Franken** (Zent.) schließt die Besprechung. Die Ausschußanträge werden angenommen, der Antrag Ablaß wird zurückgezogen und der Antrag Arnstadt angenommen. Abg. **Scheidemann** bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident erklärt dies für nicht mehr zulässig. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Deutschpolnischer Vortrag. Fortsetzung der Beratung des Postetats. Schluß 6¾ Uhr.

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Auf der gestrigen Tagesordnung steht eine Interpellation und ein Antrag der Unabhängigen, die **Aufhebung der Schutzhaft und des Belagerungszustandes** betreffend, sowie die **Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten zur Regierungsumbildung** vom 6. Oktober.

Abg. **Fleißner** (Unabh.) bezeichnet es in der Begründung als ein politisches Satyrspiel, wenn der nahe 9. November im Zeichen des Belagerungszustandes begangen werden sollte. Die Parteien, die die Regierung unterstützen und die politisch Indifferenten merken nichts vom Belagerungszustande. Die Gegenrevolution organisiere sich gegenwärtig unter den Augen der Regierung. Wenn wir schon im Mai den Belagerungszustand in rein formeller Beziehung für ungesetzlich hielten, sind wir jetzt noch darin bestärkt worden durch die Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Bedenken gegen die Haltbarkeit des Belagerungszustandes sind in letzter Zeit auch in bürgerlichen Kreisen gestiegen. Wir fragen heute mit allem Nachdruck, wann tritt der Augenblick ein, der die Regierung zur Aufhebung des Belagerungszustandes veranlaßt. Uns scheint, die Regierung will warten, bis irgend ein Lockspitzel wieder neue Putsche provoziert, damit die Regierungsmaßnahme berechtigt erscheine. (Zustimmung links und Lachen bei der Mehrheit.) Die Regierung braucht das Mittel, um die Linksgruppen der nötigen Bewegungsfreiheit zu berauben. (Gelächter.) In langer, bis in die kleinsten Einzelheiten gehender Rede wendet sich der Redner gegen die sogenannte Spitzelwirtschaft der gegenwärtigen Regierung und gegen die angeordneten Haussuchungen. Während der Ausführungen muß der Präsident mehrfach die Besucher der öffentlichen Tribüne, die sich in der Hauptsache aus Unabhängigen und Kommunisten zusammensetzten, zur Ordnung rufen. Nach reichlich 2 Stunden endet der Abg. Fleißner unter dem Bravo der Linken.

Minister **Uhlig:** Die Regierung läßt es dahingestellt, inwieweit sie für die Verhängung der Schutzhaft verantwortlich gemacht werden kann. Sie kann erklären, daß die Schutzhaft in keinem Falle ohne Veranlassung verhängt worden ist. Es ist ein großer Irrtum und absichtlich böswillige Behauptung, daß jeder Kommunist ohne weiteres in Schutzhaft genommen werde. Wenn das durchgeführt werden sollte, reichten die Gefängnisse nicht aus. Gegenwärtig befinden sich 10 Personen in Schutzhaft. Die Regierung ist bemüht, die Schutzhaft nur in beschränktem Umfange und so mild wie möglich zu handhaben. Die Schutzhaft ist eine auf Grund des Belagerungszustandes bedingte Maßnahme und die Regierung bereit, der Aufhebung des Belagerungszustandes näherzutreten, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. (Zuruf links: Redensart!) Die Verhängung ist erfolgt angesichts der Bedrohungen, denen die Oeffentlichkeit, wie der Fall des Ministers Neuring zeigte, ausgesetzt war. Die Verantwortung für die Weiterdauer des Belagerungszustandes liegt nicht bei der Regierung; bei Ihnen (zu den Unabhängigen gewandt) liegt die Verantwortung dafür, daß die Konsolidierung der Verhältnisse, die Bedingung für die Aufhebung des Belagerungszustandes ist, sobald als möglich eintritt. Also tun Sie Ihre Pflicht!

Abg. **Kühn** (Soz.) geht zunächst auf die Regierungsumbildung ein und empfindet es für überflüssig, heute noch darüber zu streiten, warum in Sachsen keine einheitliche sozialdemokratische Regierung zustandegekommen ist. Darüber müssen die Arbeiter im Lande selbst entscheiden. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, soweit Gegensätze zwischen den beiden gegenwärtigen Regierungsparteien eintreten sollten, ohne Aufgabe ihrer sozialistischen Grundsätze einen Ausgleich zu schaffen. Eine solche gegenwärtige Verständigung ist erforderlich, um unserem Volke wieder zu geordneten Verhältnissen zu verhelfen. Zu den Eingaben der Unabhängigen fordert er diese auf, sich gemeinsam mit seiner Partei gegen die Putschtaktik von links zu wenden.

Abg. **Günther-Plauen** (Dem.) bemerkt zur Regierungserklärung, daß er der demokratischen Fraktion gewiß angenehm gewesen wäre, sie hätte anderen Parteien die Verantwortung an der Regierung überlassen können. Nach unserer Stellung zum Regierungsprogramm fehlte es nicht an einer gemeinsamen Plattform für ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Das Land erwartet von uns positive Arbeit. Im Anschluß hieran erging sich Abg. Günther in längerer Rede über den Aufbau unseres Wirtschaftslebens.

Minister **Uhlig** führte zu dem vom Abg. Kühn mit in die Aussprache hineingezogenen bekannten „Butterskandal in Bad Elster" aus, daß die Regierung die Angelegenheit prüfen werde, aber damit keine Benachteiligung für die Landesanstalten verbunden gewesen sei.

Abg. **Lipinski** (Unabh.) beschäftigt sich, wie schon der Abg. Fleißner, nochmals mit der Ausweisung des bekannten Kommunisten Hecker aus Sachsen. Die Ausführungen des Ministers müsse er als ein Herausreden, aber nicht als klare Antwort bezeichnen. Seine weitere Rede erörtert die Stellung der Unabhängigen zur Regierungsumbildung.

Ministerpräsident Dr. **Gradnauer** tritt den vom Abg. Fleißner gegen die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei erhobenen Anschuldigungen entgegen und streift in diesem Zusammenhange kurz die Aufgaben der Nachrichtenstelle. Die Ausführungen des Abg. Lipinski zur Regierungsumbildung ergänzt der Ministerpräsident dahin, daß die Unabhängigen u. a. bei den Verhandlungen auf eine Regierungsbeteiligung die gesetzliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als selbständige Organe der Gemeinden usw. gefordert hätten. Ein Zusammenarbeiten des Rätesystems mit dem parlamentarischen System ist ganz unmöglich und muß zu einem Chaos führen. Zur Frage des Belagerungszustandes bemerkt der Ministerpräsident, daß die Unabhängigen keinen Grund zur Anklage hätten. Der Belagerungszustand ist nicht verhängt worden, um eine Opposition zu unterdrücken, sondern er ist der Regierung als Notmaßnahme aufgedrängt worden. Ich bin Gegner des Belagerungszustandes und hasse denselben. Es ist nichts entsetzlicher, als daß man unsere Sozialdemokraten in die Lage gebracht hat, dieses Mittel anzuwenden.

Abg. **Hofmann** (D. N.): Wir wollen mitarbeiten an dem Wiederaufbau des Landes, wir fordern aber von der Regierung, daß sie über die erforderliche Macht und Gewalt verfügt, um den Gesetzen Achtung zu verschaffen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Regierung hat die Selbständigkeit Sachsens geopfert, weil sie nur ein Glied der sozialdemokratischen Reichsregierung ist. Die Gliedstaaten dürfen aber nicht zu Vasallen und Schleppenträgern des Reiches werden. Unverständlich bleibt uns die Gleichgültig-